Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

18 (11.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 18 | **77. Jahrgang.** | **Karlsruhe, Freitag, 11. Januar 1918** | **77. Jahrgang.** | **Abendblatt.**

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. Jan. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern und deutscher Kronprinz.

Versuche des Feindes, überraschend und nach Feuervorbereitung am Morgen des 10. Januar südöstlich von Ypern in unsere Stellungen einzudringen, scheiterten.

Tagsüber entwickte sich an der flandrischen Front und südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriekampf.

Zwischen Moeuvres und Marcoing steigerte sich das englische Feuer am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu größter Heftigkeit.

Auch die französische Artillerie war beiderseits von St. Quentin und in einzelnen Abschnitten zwischen Oise und Aisne rege.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Westlich von Blamont erhöhte Gefechtstätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 10. Jan. (Amtlich.)

Neue U-Bootserfolge im Mittelmeer:

12 Dampfer mit 36000 B.-R.-T.

Die Schiffe hatten meist wertvolle Ladungen für Italien und die englische Kriegswirtschaft im Orient. In besonders geschickten und hartnäckig durchgeführten Angriffen gelang es, zwei Geleitzüge aufzureiben und dabei 6 Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten festgestellt werden die beladenen, bewaffneten englischen Dampfer „Fiscus" (4170 B. R. T.), „Turnbridge" (2874 B. R. T.), „Cliftondale" (3811 B. R. T.), „Waverley" (3853 B. R. T.), letztere beide mit je 5000 Tonnen Kohlen nach Malta bezw. Port Said unterwegs. Von dem englischen Dampfer „Cliftondale", der mit zwei 15 Zentimeter-Mörsern und einer 7,6 Zentimeter-Schnelladekanone bewaffnet war, wurde der Kapitän gefangen genommen. Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer „Pietro" (3860 B. R. T.) in überraschendem Angriffe durch Geschützfeuer niedergekämpft, während der durch Bewacher gesicherte englische Dampfer „Persiep" (3874 B. R. T.), der beladen auf dem Wege nach Otranto war, einem Torpedo zum Opfer fiel.

An den vorstehenden Erfolgen waren in hervorragender Weise der Kapitänleutnant Arnault de la Periere beteiligt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Ukrainer.

WTB. Brest-Litowsk, 10. Jan. Die gestern unterbrochene Plenarsitzung wurde vormittags 11 Uhr unter dem Vorsitz des Staatssekretär v. Kühlmann fortgesetzt.

Als erster Redner führte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie Holubewytsch u. a. aus:

Die Regierung der ukrainischen Völkerepublik, das Generalsekretariat, bringt hiermit allen Kriegführenden und neutralen Staaten folgendes zur Kenntnis:

Die Schaffung eines föderativen Bundes aller im gegebenen Momente auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches entstandenen Republiken anstrebend, knüpft die ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat bis zum Zeitpunkte der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung in Rußland sowie der Regelung der völkerrechtlichen Vertretungsform zwischen der Ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes andererseits selbständige völkerrechtliche Beziehungen an. Die ukrainische Zentralrada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensabschlusses verkündet hat, es für unumgänglich erachtet, die Schließung eines Waffenstillstandes zu erstreben. Zu diesem Zwecke wurden Vertreter des Generalsekretariates an die Südwestfront sowie an die rumänische Front, die gegenwärtig zu einer gemeinsamen ukrainischen Front unter der Leitung der ukrainischen Volksrepublik vereinigt sind, geschickt. In der Folge, als der Rat der Volkskommissare im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland kriegführenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheiten an allen Fronten Rußlands in die Hand genommen hat, hat das Generalsekretariat seine Vertreter nach Brest-Litowsk behufs Kontrolle und Information geschickt. Gegenwärtig, da der Rat der Volkskommissare gemäß der letzten Punkte der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der Ukrainischen Volksrepublik folgendes: —

1. Die gesamte Demokratie des Ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt, einen Frieden zwischen allen gegenwärtig kriegführenden Staaten, einen allgemeinen Frieden an.

2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Frieden muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinsten Volke, in jedem Staat das volle durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.

3. Für die Ermöglichung des wirklichen Willensausdruckes der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden.

4. Es ist demnach jedwede Annexion, das heißt jedwede gewaltsame Angliederung oder Uebergabe irgend eines Landesteiles ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig.

5. Ebenso unzulässig sind vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Klassen jedwede Kriegsentschädigungen, welche Form ihnen auch immer gegeben würde.

6. Kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schaden oder Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, die auf dem Friedenskongreß ausgearbeitet werden müssen, materielle Hilfe erwiesen werden.

7. Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält und in völkerrechtlichen Angelegenheiten, vertreten durch ihre Regierung, der der Schutz der ukrainischen Volksinteressen obliegt, selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können.

8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus den Verhandlungen mit den gegen Rußland kriegführenden Mächten eventuell resultierende Friede nur dann für die Ukraine befriedigend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet werden.

9. Im Namen des gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung und zwar ausschließlich eine Bundesregierung Frieden schließen, die von allen Republiken und staatlich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur die geeignete Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen.

An dem Prinzip eines demokratischen Friedens unerschütterlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig die möglichst rasche Herbeiführung eines allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht allen Versuchen, die seine Verwirklichung näher bringen, bei. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, seine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu besitzen, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongreß erfolgen wird, zu dessen Beschickung die Regierung der ukrainischen Volksrepublik als Kriegführenden auffordert.

Der Präsident des Generalsekretariats Winnitschenko,
Der Staatssekretär für internationale Angelegenheiten Schulgin.

*

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg.

Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg überschritten am 25. 12. 17 die russischen Stellungen auf der Chaussee Kowno-Dünaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und fuhren mit Autos nach Dünaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsräume in einem Privatgebäude bereitgestellt waren.

Die Waffenstallstands-Kommission Dünaburg ist in ihrem Bereiche, d. h. von der Ostsee bis zur Düna, auf Grund des Punktes 7 des Vertrages in erster Linie für die Bearbeitung aller sich aus dem Vertrage ergebenden militärischen Fragen zuständig. So beriet z. B. die erstmalig am 26. 12. zusammengetretene Kommission bereits die für die Festlegung der durch Punkt 4 des Vertrages vorgesehenen Verkehrsstellen an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiet des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Besprechungen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Konferengen von Offizieren und Eisenbahnfachleuten beider Staaten zwecks beschleunigter Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strecke Wilna-Dünaburg stattfinden.

Wie wir hören, werden die Verhandlungen beiderseits in entgegenkommendster Weise geführt. Die russischen Behörden in Dünaburg sind sichtlich bestrebt, unsere Feldgrauen in Dünaburg vergessen zu machen, daß sie sich in Feindesland befinden.

Vorsitzender des deutschen Teils der Kommission ist Generalmajor Weidner, des russischen Teils Herr Spilrenek.

Die Kommission verfügt zur Verbindung mit der Heimat über einen eigenen Fernschreiber sowie über regelmäßigen Kurierdienst durch die Front.

Bunte Chronik.

⊙ **Bilder aus dem heutigen Moskau.** Verschiedentliche, in russischen Blättern enthaltene Meldungen und kurze Schilderungen lassen zusammenfassend erkennen, daß die Revolution in Moskau am stärksten gewirkt hat. Zwar haben sich die bedeutsamsten, für die verschiedenen Wendungen des russischen Schicksals maßgebenden Ereignisse in Petersburg vollzogen, aber in Moskau ist der revolutionäre Geist am schärfsten fühlbar, wobei allerdings im Gegensatz hierzu auch ein erheblicher geheimer Luxus zu verzeichnen ist. Die Preise sind in allen russischen Städten infolge der sich überstürzenden Wendungen und der Unsicherheit im Geschäftsleben außerordentlich gestiegen, in Moskau jedoch haben sie die schwindelndsten Höhen erreicht. Gleich, wenn man mit der Bahn ankommt, erhält man einen Vorgeschmack dessen, was einem hinsichtlich der Preise erwartet. Eine Droschkenfahrt vom Bahnhof zum Hotel stellt sich auf 15 bis 20 Rubel; will man eine Droschke benutzen, um von einem Moskauer Bahnhof zum andern zu gelangen, so hat man hierfür die Kleinigkeit von 20—25 Rubel zu entrichten. Ein Paar Schuhe kostet 280—320 Rubel, für einen Anzug werden 600 Rubel, 700 Rubel, manchmal auch noch mehr gezahlt. Trotz dieser ungeheuren Preise herrscht in den Moskauer Millionärkreisen viel Luxus, der allerdings nur im Schutze der Verborgenheit betrieben werden darf. Da auf den Straßen und in den öffentlichen Lokalen das Banner der Revolution strengste demokratische Einfachheit erfordert, haben sich zahlreiche, abgeschlossene Viertel, Klubs, Privatrestaurants usw. gebildet, in denen man hinter geschlossenen Läden vergangene Zeiten heraufzubeschwören sucht. Auf der Straße aber ist, wie gesagt, das Volk der Herr, dem man sich fügen muß. Die elegantesten Damen kleiden sich daher in der Oeffentlichkeit mit höchster Einfachheit und tragen fast immer gewöhnliche Kopftücher, da das Erscheinen eines Federhutes leicht zu einem Zwischenfall führen könnte, der mit der Beförderung des Hutes in einen Rinnstein endet. Die männliche Bevölkerung hat zum Zeichen der neuen Aera die Hüte im allgemeinen durch einfache Mützen ersetzt. Eine bemerkenswerte Auferstehung feiert das berühmte russische Nationalhemd, das heute 99 unter 100 Moskauern tragen, um sich als treue Söhne der Revolution auszuweisen.

✧ **Die gefährdete Republik.** Während in Rußland die republikanische Idee auf der ganzen Linie siegreich zu sein scheint, ist in Frankreich die Republik in Gefahr geraten, da sie jetzt im wörtlichen Sinne des Wortes auf schwankendem Boden ruht. Es handelt sich, wie „L'Oeuvre" ausführt, um das Denkmal der Republik, das über der gleichnamigen Station der Pariser Untergrundbahn steht. Die Leute, die diese Untergrundbahn-Haltestelle aufsuchen, konnten schon seit einigen Monaten kleine Wasserläufe bemerken, die zwischen den Schienen bereits ansehnliche Tümpel gebildet haben. Diese kleinen Quellen erklären sich daraus, daß infolge der schlechten Konstruktionsweise dieser Haltestelle das Grundwasser durchsickert. Ohne ein geistvoller Ingenieur zu sein, kann man die Feststellung machen, daß über diesem etwas beunruhigenden Untergrundbahnhof die Statue der Republik sich befindet. Wenn die Zersetzung weitere Fortschritte macht, wird eines Tages oder eines Nachts die Republik ganz einfach in den Untergrundbahnschacht fallen. Ganz abgesehen davon, daß dies ein Ereignis von gefährlicher Symbolik sein könnte, hoffen wir im Interesse der Fahrgäste, daß die Republik in den verkehrslosen Stunden zwischen Mitternacht und 5 Uhr morgens verschwinden wird!"

* **Einnahmen einer Sängerin.** Fritzi Massary, deren Vertrag mit der Direktion des Metropol-Theaters im Jahre 1919 abläuft, wird sich nicht aufs neue dieser Bühne verpflichten. Die Künstlerin will vielmehr hauptsächlich gastierend tätig sein. Sie erhielt bereits einen Antrag, der sie auf vier Monate des Jahres für verschiedene Hauptstädte verpflichtet, wo sie in den Partien der „Toska", „Carmen", „Czardasfürstin" und „Kaiserin" auftreten wird. Die Künstlerin erhält für diese vier Monat ein garantiertes Honorar von 200 000 M.

✧ **Adelsverleihungen an englische Journalisten.** Im Hinblick auf den Beginn des neuen Jahres wurden vom König von England, einer alten, strenge befolgten Sitte gehorchend, zahlreiche Ehrendekrete und Adelsernennungen unterzeichnet. Unter den neuen Rittern sind auch fünf Journalisten zu nennen, die von jetzt ab das Recht haben, den Namen „Sir" zu tragen. Dieses Adelsprädikat erhielten Sidney Low, der frühere Leiter der „Saint-James-Gazette", Arthur Spurgeon, der Leiter der „Gassell-Veröffentlichungen", Enslay Carr, der Herausgeber der „News of the World", Robert Bruce, der Schriftleiter des „Glasgow-Herald", und der Zeichner der „Variety Fair", Leslei Ward. Außerdem wurden auch der bekannte Romanschriftsteller Anthony Hope und der in Deutschland früher ziemlich viel gespielte Satiriker und Dramatiker John Walsworthy soeben in den Adelsstand erhoben.

* **Nahrhafter Beifall.** In Bukarest hat die „Winzerbraut" ihrem Komponisten Oskar Nedbal einen sehr lebendigen Beifall eingetragen; wir lesen darüber im „Bukarester Tagblatt": Alles in allem war es ein Erfolg, der seinen Höhepunkt am Schluß des zweiten Aktes fand, als der populäre Ciucurette dem glücklichen Autor mit einer kurzen Ansprache statt Blumen, die wohl gegenwärtig nicht aufzutreiben waren, zwei lebende Truthennen zum Zeichen der Verehrung auf der Bühne überreichte. Diese Szene, bei der Nedbal selbst mitspielte, überbot noch die künstlerischen Wirkungen des ungemein erfolgreichen Abends.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der dritte Tag der Finanz-Debatte im Landtag.

Die Antwort des Staatsministers. — Die Rede des Abgeordneten Dietrich.

* Karlsruhe, 11. Januar.

Der heutige dritte Tag der allgemeinen Finanzdebatte war zunächst ein Tag der Regierung. Alle drei Minister, die am Regierungstisch Platz genommen hatten, — der Finanzminister weilt zurzeit in Berlin — ergriffen nacheinander das Wort. Zunächst sprach in längeren Ausführungen der Staatsminister. Seine Rede brachte den Kommentar zu der von ihm zu Beginn der Finanzdebatte verlesenen programmatischen Erklärung; zugleich ging sie auch näher auf die Ausführungen ein, die die einzelnen Parteiredner bis jetzt gemacht hatten. Besonders eingehend beschäftigte sich Frhr. v. Bodman mit der Rede des soz. dem. Abg. Kolb, deren Schlagwort-Charakter er sehr geschickt immer wieder andeutete. Auch die großen Fragen der inneren und äußeren Politik berührte der Staatsminister, um zum Schlusse seine Stellung zur vielumstrittenen Friedensresolution und zur Vaterlandspartei darzulegen. Besonders warme Worte fand Freiherr v. Bodman für den Schöpfer unserer Flotte, den Großadmiral Tirpitz. Sein Wort, daß wir uns bei den Friedensverhandlungen einzig und allein von deutschen Interessen leiten lassen dürften, fand lebhaften Beifall.

Kultusminister Hübsch sprach nur kurz zu einigen Fragen seines Ressorts. Er verbreitete sich näher über die Schulreform und die amtliche Belastung seines finanziell nicht glänzend ausgestatteten Ministeriums. Außerordentlich geschickt und sympathisch führte sich der neue Justizminister Dr. Düringer ein. Obwohl er in seiner kurzen Einführungsansprache kein Programm entwickelte, und seine Person hinter dem Amt, das er zu vertreten hat, bescheiden zurücktreten ließ, so zeigten doch schon die wenigen Worte, die er sprach, daß hier eine Persönlichkeit von ganz besonderer Befähigung in das badische Ministerium eingetreten ist.

Als erster und einziger Parteiredner sprach heute der nationalliberale Abgeordnete Dietrich. Er hielt eine geradezu glänzend durchdachte und aufgebaute Rede, der man auf den Bänken der Abgeordneten wie am Regierungstisch und auf den gut besetzten Tribünen mit steigendem Interesse folgte. Die steuerpolitischen Ausführungen, mit denen er seine Ausführungen eröffnete und in denen er zunächst den Zentrumsabgeordneten Schofer meisterhaft abführte, bildeten nur den Auftakt zu den großen allgemeinen Betrachtungen über die wirtschaftlichen Erscheinungen, die dieser größte aller Kriege, der ja letzten Endes ein Wirtschaftskrieg ist, gezeitigt hat. Der nationalliberale Redner verbreitete sich aber nicht nur über diese Erscheinungen selbst, er wies auch in klarer und überzeugender Weise die Wege auf, die eingeschlagen werden müssen, um eine Lösung all der Probleme und Schwierigkeiten zu finden, die dieser Krieg gezeitigt hat. Nicht minder wirkungsvoll und einleuchtend waren die Ausführungen Dietrichs zu der rein politischen Frage des Großblocks und der Friedensfrage. In entschiedenen u. treffenden Worten wies er auch die Angriffe Kolbs auf die Vaterlandspartei zurück. In einer persönlichen Bemerkung wandte sich auch der Abg. Rebmann noch einmal scharf gegen diese Ausfälle, die der sozialdemokratische Redner am vorhergehenden Tage gegen die Vaterlandspartei, sowie gegen den Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion selbst gerichtet hat. In seiner Antwort schränkte dann Kolb seine Verdächtigungen gegen die Vaterlandspartei zum Teil ein. Die blinde Wut, mit der er aber auch jetzt wieder gegen diese Vereinigung vaterländisch gesinnter Männer und Frauen losschlägt, scheint uns ein Beweis dafür zu sein, wie schwer sie ihm trotz aller gegenteiligen Behauptungen im Magen liegt.

*

Sitzungsbericht.

Zweite Kammer.

8. öffentliche Sitzung.

Q. Karlsruhe, 11. Januar.

Am Regierungstische: Staatsminister Frhr. v. Bodman und die Minister Dr. Hübsch und Dr. Düringer.

Präsident Dr. Zehnter eröffnete um 9.20 Uhr die Sitzung und verlas verschiedene Eingänge.

Das Haus trat in die Tagesordnung ein:

Die Beratung des Staatsvoranschlages

(allgemeine Beratung).

Staatsminister Freiherr von Bodman:

Es ist mir eine angenehme Pflicht, den Rednern aller Parteien zu danken für die freundlichen Worte des Abschiedes für den scheidenden Staatsminister und der Begrüßung für den neuen Minister Dr. Düringer. Ich danke auch den Vertretern der bürgerlichen Parteien für die freundlichen Worte der Begrüßung. Sie haben mir auch ihr Vertrauen ausgesprochen. Der Abg. Kolb hat namens der Sozialdemokratie für mich kein Wort des Vertrauens bekundet. Ich kann das bedauern, aber ich kann es immerhin als einen Fortschritt ansehen, gegenüber der Begrüßung, die mir vor zehn Jahren von dieser Seite zuteil wurde. Abg. Kolb vermißte in meiner Antrittsrede den großen Zug; er beanstandet, daß das, was ich in meiner Antrittsrede gesagt habe, hinter dem zurückstehe, was in der Eröffnungsrede zum Landtage von mir verlesen wurde. Wenn er gesagt hat, es fehle der große Zug, wollte er wohl sagen, es bestehe ein Widerspruch zwischen der Eröffnungsansprache und meiner Antrittsrede. Er hat gesagt, die Antrittsrede habe enttäuscht, und er hat auch von Flickwerk gesprochen. Ich habe mich aber bei seiner Antrittsrede kurz gefaßt, eingedenk der Mahnung, daß in der Kürze die Würze liegt. Ich habe vorausgesetzt, daß man die Eröffnungsansprache im Gedächtnis hatte und daß man bemerke, daß die Eröffnungsansprache und die Antrittsrede zusammengehören.

Ich stehe zu jedem Worte, was in der Eröffnungsansprache gesagt wurde.

Was darin versprochen wurde, bin ich gewillt, zu halten und durchzuführen. Die Antrittsrede sollte darlegen, wie in der nächsten Zeit die Folgerungen aus der Eröffnungsansprache zu ziehen seien. Sie mußte sich mit den Geschäften befassen. Sie mußte die Gedanken der Eröffnungsansprache in kleine Münze umsetzen und sie mußte deshalb nüchterner erscheinen, als die Eröffnungsansprache. Wenn ich gesagt habe, es solle kein Systemwechsel erfolgen, so ist das dahin zu verstehen, daß wir mit dem Bestehenden rechnen und keine sprunghafte Entwicklung haben wollen, daß wir auf dem festen Boden des Staatswesens stehen, daß wir dem Geiste der neuen Zeit Rechnung tragen wollen durch stetige Entwicklung des Bestehenden. Auch mein Amtsvorgänger hat sich diesen Anforderungen nicht verschlossen. Er hat den Worten der Eröffnungsansprache seine vollständige Zustimmung erteilt.

Der Abg. Kolb hat dann meine Erklärung bemängelt über die Klassenwahl in den Gemeinden.

Ich konnte in dem Rahmen einer Antrittsrede nicht darlegen, wie ich mir die Einzelheiten der Städtereform denke. Wenn ich auf die Einzelheiten hätte eingehen wollen, hätte ich eine lange Rede halten müssen, die nach meiner Meinung nicht angebracht gewesen wäre. Es besteht nun die Meinung, ob nicht eine gewisse Sicherung vorhanden sein muß gegen die Schädigung der bodenständigen Bevölkerung durch das fluktuierende Element in den Gemeinden. Ich denke dabei, daß man nicht etwa das Pluralwahlrecht einführen soll, ich denke, man könnte das erreichen durch die Vorschrift einer längeren Aufenthaltsdauer. Ich verkenne nicht, daß gewichtige Argumente gegen die Klassenwahl erhoben wurden. So das Argument von den Schützengräben. Im vorigen Jahre war nun die Abschaffung der Klassenwahl nur von der Linken verlangt worden. Inzwischen sind aber die beiden großen Parteien des Hauses ebenfalls für die Abschaffung der Klassenwahl eingetreten, wir stehen also vor einer veränderten Tatsache, für die ich eine nochmalige Erwägung zugesagt habe. Abg. Kolb hat meinen Ausführungen über die Bezirksräte eine Kritik angedeihen lassen. Er hat gesagt, die Bezirksräte dürften nicht mehr ernannt werden. Einstweilen haben wir aber ein Gesetz, nach dem die Bezirksräte ernannt werden müssen. Es ist mir auch nicht bekannt, daß ein Verlangen besteht, nach dem das Volk die Abschaffung der Ernennung der Bezirksräte verlangt. Vorläufig wird diese Abschaffung nur von den Sozialdemokraten gefordert. Die Sozialdemokraten sind aber nicht das badische Volk, sondern nur ein Teil des badischen Volkes. Die Regierung muß aber auf alle Teile des Volkes Rücksicht zu nehmen. Ich kann also zurzeit nichts anderes sagen als ich gesagt habe. Für die Ernennung spricht übrigens, daß die Bezirksräte nicht Organe der Selbstverwaltung, sondern der Staatsverwaltung sind. Es wird darüber zu reden sein bei der Besprechung der Kreisverfassung.

Es ist von verschiedenen Rednern gesprochen worden

über den Parlamentarismus.

Abg. Kolb hat gesagt, es ist notwendig, daß man, ehe man vom Parlamentarismus spricht, sich darüber klar wird, was Parlamentarismus sei. Er meint, daß nur derjenige den Parlamentarismus ablehnen könne, der noch nicht darüber nachgedacht hat. Ich verstehe unter Parlamentarismus ein System, das die Regierung verlegt in das Parlament. Infolgedessen sind die Minister ein geschäftsführender Ausschuß der Mehrheit des Parlamentes, sie werden auch aus der Mehrheit ernannt und von ihr entlastet. Unsere Verfassung hat aber ein anderes System. Der Großherzog ist der Vertreter der Staatsgewalt, er ernennt die Minister und entläßt sie. Die Minister sind also seine Organe. Aber der Großherzog ist bei seiner Regierung an die Mitwirkung der Stände gebunden und die Minister können nach den Bestimmungen der Verfassung wichtige Maßnahmen nicht ergreifen, ohne die Zustimmung der Stände. Es findet also eine kräftige Mitwirkung der Volksvertretung bei der Gesetzgebung des Landes statt. Beide Systeme haben ihre Vorzüge und ihre Nachteile. Der Nachteil des parlamentarischen Systems liegt darin, daß dem persönlichen Ehrgeiz ein weiter Spielraum eröffnet ist. Wir haben weiter in dem parlamentarisch regierten Staate keinen Schutz der Minderheit, so lange die regierende Mehrheit, Mehrheit ist, beherrscht sie den Staat. Ich meine, es ist müßig darüber zu streiten, welches System das beste sei. Ich meine, es soll jedes Land dasjenige haben, das sich aus seiner Geschichte ergibt. Bei unserem System sind wir aber nicht schlecht gefahren.

Abg. Kolb hat verlangt, daß auch verdiente Parlamentarier in die Regierung kommen, daß die Beamten nicht ausschließlich der Bürokratie entnommen werden. Wir haben aber wiederholt Parlamentarier in der Regierung gehabt.

Abg. Kolb hat bemängelt, daß die Krone vor der Ernennung der Minister das Parlament nicht hört.

Warum aber hier die Kronrechte eingeschränkt werden sollen, kann ich nicht einsehen.

Es kann sich empfehlen, daß die Krone in besonders schwierigen Zeiten bei der Ernennung der Minister Fühlung mit dem Parlamente nimmt. Wir haben dies im Reiche in den letzten Wochen erlebt, aber als Regel es vorzuschreiben, dazu liegt kein Grund vor. Bismarck wäre nicht Minister geworden, wenn der König von Preußen ihn nicht zu ernennen gehabt hätte, wenn das Abgeordnetenhaus befragt worden wäre. Abg. Kolb hat dann auch von anderen Schlagwörtern gesprochen, mit denen jetzt gearbeitet wird, so vom Obrigkeitsstaat und vom Volksstaate.

Abg. Muser hat verlangt, daß die Volksvertretung Einfluß hätte auf die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrate. Unsere Bevollmächtigten haben im Bundesrate aber keine Meinung zu äußern, sondern lediglich nach ihrer Instruktion zu handeln. Was der Bundesrat staatsrechtlich ist, darüber streiten sich die Gelehrten. Er ist eine entschieden deutsche Schöpfung, die sich nicht vergleichen läßt mit den Einrichtungen anderer Länder. Man könnte den Bundesrat als die Regierung des Reiches auffassen, der der Reichstag als Volksvertretung gegenübersteht. Die Regierung der Einzelstaaten kann jederzeit vom Landtage über die Tätigkeit der Bevollmächtigten zum Bundesrate befragt werden.

Der Minister lehnte den Antrag der Abgeordneten Muser und Genossen über den Bundesrat ab.

Zu den Schlagworten Obrigkeitsstaat und Volksstaat gehört noch ein drittes Wort

die Demokratie und die Demokratisierung.

Das Wort ist heute in aller Munde, es wird fortwährend mit ihm gearbeitet. Es steht fest, daß wir ohne Demokratie nicht auskommen. Wir müssen uns aber klar werden, was wir darunter verstehen. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes oder des Demos. Die Demokratie geht darauf hinaus, daß die Mehrheit im Staate herrscht. Das Prinzip ist durchgeführt in verschiedenen Ländern, es ist aber nicht erreicht, daß das Volk seine Geschicke regiert und seine Angelegenheit erledigt. Man hat die Bedeutung der Demokratie zusammengefaßt in dem Worte: Alles für das Volk, alles durch das Volk. Ich bin der Meinung, man sollte sagen: alles für das Volk, alles mit dem Volke. Wir in Deutschland haben einen viel demokratischeren Staat als mancher der Staaten, die sich so nennen (Lebhafte Zustimmung). Wir haben die demokratische Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht, wir haben ein durchaus freies Stimmrecht, wir haben eine viel gerechtere Besteuerung als viele der demokratischen Staaten (Sehr richtig). Darum bin ich nicht der Meinung, daß der Haß Welt gegen uns sich richtet, wegen der Zustände im Innern. Der Haß gegen uns kommt daher, weil die Zustände im Innern falsch dargestellt wurden von unserer Presse, insbesondere aber auch von den Freunden des Abgeordneten Kolb (Zustimmung). Das Ausland hat dann die Zerrbilder von unseren Zuständen gesammelt und sie gegen uns verwendet.

Ein System der Lüge und Verleumdung hat so seit einer Reihe von Jahren gegen uns gearbeitet

und sogar von den Kanzeln hat das Angelsachsentum draußen die Bevölkerung gegen uns verhetzt.

Abg. Kolb hat gesagt, daß die Engländer nicht so unbeliebt seien als wir, trotzdem sie bald die ganze Welt beherrschen, daß kommt daher, daß die Welt sich daran gewöhnt hat, von England beherrscht zu werden (Sehr richtig). Die Engländer spielen eben eine ähnliche Rolle wie die Römer. Wir aber kämpfen heute für die Freiheit der Völker.

Nun bin ich wider Willen in die Weltpolitik gekommen und kehre jetzt zurück zu unsern bescheideneren Verhältnissen.

zum landständischen Ausschusse.

Abg. Kolb hat gesagt, er habe Bedenken gegen die Erweiterung des landständischen Ausschusses, weil dadurch die Bedeutung des Landtages zurückgeschraubt werde. Ich verstehe diese Bedenken, aber ich bin der Meinung, daß in unserer Zeit eine Erweiterung der Befugnisse des landständischen Ausschusses dem praktischen Bedürfnisse entspricht. Ich meine also, aus dem Gesichtspunkte heraus hat die Einrichtung oder der Grundgedanke der Antrages der Nationalliberalen einen berechtigten Kern. Abg. Kolb hat gegen die Erste Kammer und ihren Ausbau zu einer berufsständischen Vertretung gesprochen. Damit wendet er sich auch gegen die Entsendung eines Arbeitervertreters in die Kammer. Abg. Kolb will nicht, daß die Monarchie sich besonders auf den Adel stütze, er will haben, daß sie im Volke wurzele. Dem stimme ich zu. Ich bin aber der Meinung,

daß sich unsere Monarchie bereits auf das Volk stützt.

Die Abg. Kolb und Rebmann haben nachdrücklich ein Arbeitsministerium gefordert. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß ein solches notwendig wäre, aber in einer Zeit, wo alles nach Vereinfachung ruft, sollte man doch kein fünftes Ministerium errichten.

Der Staatsminister ging nun auf

verschiedene finanzielle Fragen

ein und rechtfertigte die Finanzpolitik der badischen Regierung, Neubauten aus Erübrigungen vorzunehmen und Anleihen lediglich für werbende Anlagen zu machen. Dann ging der Minister auf Beamtenfragen ein und auf die Forderung Kolbs nach Steigerung der Staatseinnahmen. Er rechtfertigte den Standpunkt des Finanzministers über die Monopols und die Verbrauchssteuer und erklärte, wenn wir die Schutzzölle nicht gehabt hätten, hätten wir den Krieg schon längst verloren. Das Reich sei bereits an den direkten Steuern nicht vorbeigegangen, aber auch das Land brauche seine Steuern, um seinen Aufgaben gerecht zu werden.

Zum Friedensschlusse

führte der Redner aus: Ich meine über nichts ist so viel vorbeigeredet worden, als über den Frieden u. über nichts ist so im Uebermaße geredet worden als über den Frieden. Der Friede ist unserer aller Sehnsucht, aber diese Sehnsucht zu bekennen in einer Weise, daß man meint, wir seien bereit, einen Frieden zu schließen, wie er nur im Interesse unserer Feinde liegt, ist verkehrt. Wir sollten nicht so viel unsere Friedensbereitschaft bekennen. Auch da spielen die Schlagworte eine große Rolle, man spricht vom Verständigungsfrieden, vom Gewaltfrieden, vom Dauerfrieden und vom Hungerfrieden. Dabei denken die einen ganz etwas anderes als die andern und sie reden aneinander vorbei. Es kommt zu einer Spaltung im Volke, gerade zu einer Zeit, wo wir die Einigkeit aller notwendig haben. Ich will keine Worte der Kritik sagen über die Friedensresolution, es ist aber eine andere Frage,

ob die Friedensresolution heute noch gilt.

Meines Erachtens ist dies nicht mehr der Fall. Die Friedensresolution ist von dem Gedanken ausgegangen, daß auch auf der andern Seite der Friedenswille besteht. Er besteht aber nicht, das haben uns die Reden der fremden Staatsmänner und zuletzt Wilson gezeigt. (Beifall.) Nun ist auf der andern Seite eine scharfe Agitation entstanden und ich glaube es ist manches ungerechte Wort dabei gefallen. Aber man kann es begreifen, daß sich das Herz zusammenkrampft bei dem Gedanken, daß das deutsche Volk nicht gestärkt aus dem Kampfe hervorgehen wird. Jeder Friede ist ein Gewaltfriede, denn er wird erst geschlossen, wenn ein Teil der beiden durch Gewalt zur Verständigung gezwungen werden.

Der Minister gedachte in diesem Zusammenhange des Großadmirals v. Tirpitz und erklärte, daß darauf bei den Friedensverhandlungen zu sehen sei, daß der deutsche Standpunkt gewahrt werde und dafür gesorgt werde. (Lebhafter Beifall.)

Der Abg. Schofer hat ein Wort gesagt, das gegenseitiges Verstehen und Vertrauen notwendig sei zwischen Fürst, Volk und Parlament. Lassen Sie uns dieser Parole folgen! Ich hoffe wir werden uns verständigen und verstehen und zum Heile des Landes arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Kultusminister Dr. Hübsch:

Das vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen Staat und Kirche werden es ermöglichen, die großen Schäden, die der Krieg angerichtet hat, wieder gut zu machen. Zweifellos erwachsen auch der Schule in der neuen Zeit große und wichtige Aufgaben. Die Heranziehung tüchtiger Männer, wie tüchtiger Frauen ist nach dem Kriege von erhöht großer Bedeutung. Wir arbeiten an einer organischen Entwicklung unseres Schulwesens. Es ist erfreulich, daß die badischen Lehrer ihre Wünsche in mäßiger Weise zum Ausdruck gebracht haben. Die Regierung steht diesen Wünschen mit Sympathie gegenüber. Zu der Schulreformbewegung müssen wir Stellung nehmen. Wir dürfen das Gewonnene, das Gute, Erprobte aber nicht niederreißen, sondern wir müssen es ausbauen, damit wir in der Lage sind, die großen Aufgaben, die die Zukunft bringt, in vollem Umfang zu erfüllen.

Minister Dr. Düringer:

Die Richtlinien der Staatsregierung unterschreibe ich. Mein Bestreben wird es sein, die Politik von meinem Ressort, der Justiz fernzuhalten. Ein rPogramm will ich nicht aufstellen. Unsere Rechtspflege sollte vereinfacht und verbilligt werden. Mit der Verbesserung des badischen Grundbuchwesens werden wir uns beschäftigen. Der Redner bittet um das Vertrauen der Volksvertreter. Ich bin erst vor zwei Jahren in die badische Heimat zurückgekehrt, mir fehlt daher natürlich die Vertrautheit mit den badischen Verhältnissen, wie sie mein Vorgänger besaß. Ich bitte daher um gütige Berücksichtigung dieses Umstandes.

Abg. Dietrich (nat.-lib.):

Die wichtigste Frage, die nach dem Krieg zu lösen sein wird, und von der nicht nur das Wohl des Deutschen Reiches, sondern auch der Bestand und die Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten und Gemeinden abhängt, ist die Ordnung der Reichsfinanzen. Die Schwierigkeiten, die hierbei zu bewältigen sind, sind vorläufig noch nicht zu übersehen. Nur eines kann man sagen, daß die badischen Finanzen bisher in Ordnung geblieben sind, und daß sie unter der Voraussetzung, daß das Reich zahlt, ohne eine Staatsschuld aus dem Kriege herauskommen wird. Die Meinung Schofers, das sei der fürsorglichen Wirtschaft der Finanzminister zu danken, ist irrig. Der Grund hierfür liegt vielmehr in der Steigerung der Einnahmen aus Einkommens- und Vermögenssteuer in Höhe von 13 Millionen Mark jährlich

Diese Steigerung hat aber ihren Grund nicht in einer Stärkung der badischen Volkswirtschaft, sondern darin,

daß die Schulden des Reiches als Vermögensobjekte der Bürger erscheinen,

und als solche der bundesstaatlichen Besteuerung unterliegen. 100 Milliarden Schulden hat das Reich und um diese 100 Milliarden ist das Vermögen der Bürger gewachsen. Der weitere Grund, warum der badische Staat den Krieg so leicht überstanden hat, liegt in der Tatsache, daß er am Kriege nicht beteiligt ist. Militärisch führt den Krieg das Reich, wirtschaftlich die Gemeinde.

Nun hängt die Finanzlage der Bundesstaaten ab davon, inwieweit das Reich auf ihre Steuerquellen greifen muß. Wenn man die Belastung des Reiches verzinsen Amortisation und Renten auf 10 Millionen annimmt, so macht das auf den Kopf 160 ℳ im Jahr. Bei 65 Millionen Einwohner, oder auf einen vierköpfigen Haushalt 640 ℳ jährlich.

Die Ausführungen die bisher gemacht wurden sind nicht geeignet, zur Lösung dieser Fragen beizutragen. Es sind die heutigen Gedankengänge, die alten Bedenken, wie sie vor dem Kriege erhoben wurden. Der Herr Finanzminister hat im einzelnen ausgeführt, daß Warnungstafeln stünden, sowohl vor den direkten Steuern als auch vor den indirekten, als auch vor den Monopolen. Diese Ausführungen verkennen, daß von den Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege waren, nichts mehr besteht. Es sind völlig neue Zustände eingetreten. Zunächst sind neue Vermögensobjekte in den Schulden des Reiches entstanden. Sodann sind Vermögen trostlosester Art erworben worden und endlich hat eine Geldentwertung stärksten Stils eingesetzt.

Diese Geldentwertung wird sich das Reich zunutze machen, in dem Maß, in dem die Geldentwertung anhält, werden die Schulden des Reiches leichter. Sodann muß das Reich auf alle Steuerquellen greifen. Zunächst auf die direkten und zwar deswegen, weil das Reich nicht wird mitansehen können, daß seine Schulden als Steuerobjekt der Bundesstaaten und der Gemeinde gelten, ihm aber jeder Zugriff auf das Vermögen entzogen bleibt. Dazu kommt, daß die Feldarmee, welche keine Möglichkeit hatte, Reichtümer anzusammeln, wenn sie nach Hause kommt, die Schulden des Reiches zahlen helfen soll. Sie wird verlangen, daß die Vermögen, die im Krieg erworben wurden, auf das schärfste herangeholt werden. Immerhin wird das Reich leichter und ohne zu großen Gefahren für die Bundesstaaten auf das Vermögen und auf das Einkommen greifen.

Die Heranziehung der Verbrauchssteuern ist deswegen möglich, weil, sie mögen so hoch werden wie sie wollen, immer noch ein gewaltiges Absenken der Preise der Verbrauchsmittel gemessen an dem Preise der Rohprodukte eintreten muß. Eine Verarmung der breiten Massen bedeutet das nicht, sofern die Lohnverhältnisse in richtiger Höhe zu den Kosten der Lebenshaltung stehen.

Bei den Monopolen

gilt der Satz, daß man aus dem was der Krieg geschaffen hat, aufbauen muß. Manche Monopole, wie das Getreidemonopol, lassen sich überhaupt nicht mehr beseitigen. Man denke nur daran, daß die Beseitigung des Getreidemonopols zur Folge haben würde, daß die Auslandspreise die Inlandspreise bestimmen würden, diese also bei dem heutigen Weltmarktpreise verdoppeln, bei einem späteren sehr niedrigen Preise auf dem Weltmarkt unter die Produktionskosten herunterdrücken würden. Die Finanzfragen des Reiches sind nur zu lösen, wenn man sich darüber klar ist, daß die Verhältnisse im Kriege gegenüber 1914 völlig verändert sind und daß auf diesen veränderten Verhältnissen aufgebaut werden muß.

Aber jede Lösung setzt voraus, daß unsere Volkswirtschaft wieder so gestellt wird, daß sie nach Kriegsschluß dieselbe Bevölkerung wie vorher ernähren kann. Das ist möglich auf zwei Wegen. Einmal wenn wir die Handelsbeziehungen im früheren Umfang mit der ganzen Welt wiedr aufnehmen, ein dem Redner nicht sympathischer Gedanke. Oder aber, wenn wir unser europäisches Wirtschaftsgebiet so ausbauen, daß wir auf ihm allein bestehen können. Dazu ist erforderlich, Hebung der Landwirtschaft und Eigenproduktion, Ausnutzung der in unseren Waldungen steckenden Reserven. Doneben muß aber die Industrie hochgehalten werden. Wie die Landwirtschaft die Lebensmittel, schafft sie die Waffen zur Kriegführung. Auch sie kann noch besser ausgenützt werden, ich verweise nur auf eine verbesserte Verwertung der Kohle durch Vergasung, bei der Milliarden gewonnen werden sollen. Für uns in Baden aber ist eine Lebensfrage die Ausnützung der Oberrheinwasserkräfte, die dem Herrn Finanzminister auch als Geldquelle empfohlen wird.

Die Bewältigung dieser Aufgaben erfordert

eine schärfere Heranziehung aller im Volke steckenden Kräfte

und deswegen hat unsere Partei im Staat und Gemeinde fortschrittliche Reformen vorgeschlagen. Aber man muß sich darüber klar sein, daß alle Reformen und alle demokratischen Einrichtungen an sich keine Gewähr für eine bessere Regierung bilden. Dazu muß kommen, daß der einzelne erzogen wird zu staatsbürgerlicher Gesinnung, daß er sich als ein Teil des Ganzen fühlt und weiß, daß wenn das Ganze Schaden leidet, er mitleidet, daß er Pflichten hat gegen die öffentlichen Organisationen und nicht nur Rechte. Eine solche Gesinnung sollen verbesserte Schulverhältnisse heranziehen helfen. Erschwert wird die Arbeit durch die vielfach eingetretene Demoralisation, die soweit geht, daß große Volksteile ohne sich zu schämen, die bestehenden Vorschriften in der Lebensmittelversorgung mißachten. Daran trägt eine Hauptschuld der Umstand, daß zu viel regiert und zu viel verordnet und zu wenig an die Schwierigkeit der Durchführung gedacht wurde.

Während wir nun früher unsere Geschäfte im Zeichen des Großblocks besorgten, ist dieser seit Beginn unserer Tagung verschieden. Die Gründe für die Kündigung sind uns erst jetzt bekannt geworden. Sie sollen darin liegen, daß durch unsere Unzuverlässigkeit im Jahre 1913 der Sozialdemokratie Mandate verloren gingen. Dieser Grund ist zwar lang aber nicht weit her. Und der zweite Gesichtspunkt, daß man mit einer Lage wie im Reichstage gerechnet habe, leuchtete mir auch nicht ein. Vorerst steht mit dem Zentrum noch in enger Fühlung die Rechtsstehende Vereinigung und ich weiß nicht wer dem Abg. Kolb als Ministerkollege lieber wäre, Herr Fischer oder Herr Banschbach. Vielleicht hat der Herr Kollege Kolb aus der Auseinandersetzung über den Par. 137 des Schulgesetzes doch ersehen, daß unter Umständen ein Anschluß nach unserer Seite notwendiger ist als nach der Rechten. Also der Großblock ist erledigt. Wir betrachten ihn als eine schöne und stolze Erinerung, weil wir mit ihm den Standpunkt verfochten haben, daß auch die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft ein notwendiger Teil des Staates ist, der zur Mitarbeit herangezogen werden mußte. Mit dem 4. August 1914 haben wir auf der ganzen Linie Recht behalten. Alles was andere Parteien, aber auch die Regierung wegen des Großblocks gegen uns gesagt hat, ist hinfällig. Für unsern Freund und Führer Rebmann, der sich dieserhalb jahrelang hat müssen schelten lassen, ist das Ergebnis der beste Dank und eine wahre Genugtuung.

In der Reichspolitik

haben wir im Gegensatz zu den Finanzen, auf welchem Gebiet wir noch nichts gelernt haben, umgelernt und dann wieder zurückgelernt. Vor Kriegsausbruch der Versuch, mit allen Mächten im Frieden zu leben. nach Kriegsausbruch als die ganze Welt gegen uns aufstand, die Meinung, wir könnten nur gestützt auf unsere Macht Politik treiben und uns behaupten, und dann unter dem Eindruck der schwierigen Verhältnisse, wie sie der Krieg brachte, die Rückkehr zu der alten Meinung, man müsse allein eine Verständigung anbahnen. Die Friedensresolution ist uns im Ausland nur als Schwäche ausgelegt worden, in der Schweiz wurde sie als der schwärzeste Tag in der deutschen Kriegsgeschichte bezeichnet. Es sind die hohen und schönen Worte von Völkerfrieden und Abrüstung, von Sozialismus und wahrer Demokratie gefallen, das sind Ideale, die wir unserem Volke nicht nehmen wollen und denen wir in stillen Stunden ruhig nachdenken können, aber die Erledigung unserer heutigen Schwierigkeiten erfolgt auf dem harten Boden der Tatsachen.

Unsere Gegner haben kein Verständnis für unsere idealen Gedankengänge,

sie wollen das deutsche Recht zerstückeln, seinen Handel zerstören und uns politisch ausscheiden. Ich habe vorhin gesagt, daß es für uns nur zwei Möglichkeiten gibt für Deutschland zu leben, entweder Wiederaufnahme des Handels in der ganzen Welt oder aber Stärkung unserer europäischen Grundlage. Nur ein gut fundiertes Deutschland kann auch die sozialen Fragen lösen und eine deutsche Kultur schaffen. Aus banger Sorge um die Zukunft unseres Volkes, vor allem auch um die Zukunft unserer breiten Schichten, nähern wir uns dem Standpunkt der Vaterlandspartei, die vom Herrn Kollegen Kolb so abfällig beurteilt wurde. So gut es bei den Sozialdemokraten gewissenlose Kapitalisten und beim Zentrum schlechte Christen gibt, gibt es auch bei der Vaterlandspartei schlechte Patrioten. Unsere Sorge gilt einem starken Deutschland. Helfen Sie uns ein solches starkes Deutschland schaffen und dieses starke Deutschland wird vermögen, der Friedensliebe, die unserem Volke eigen ist, keine Bedrohung für andere bilden, wohl aber eine wahre Grundlage für wahre Demokratie, zu wahrem Sozialismus und wahrer Kultur. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hier wurde die Verhandlung abgebrochen. Es folgten persönliche Bemerkungen.

Abg. **Rebmann** (natl.) wandte sich gegen die Auslassungen Kolbs, der von den Mitgliedern der Vaterlandspartei sagte, daß sie die größten Reaktionäre und Kriegsverlängerer seien. Damit habe Kolb auch die Nationalliberalen treffen wollen. Die Ausführungen Kolbs seien als Beschimpfungen zu bezeichnen. Abg. Kolb hat dann auch von Phrasendrescherei gesprochen. Ein solcher Verkehrston ist bisher hier nicht üblich gewesen. Ich weise diese Dinge zurück.

Abg. **Kolb** (Soz.) erklärte, er habe nicht alle Mitglieder der Vaterlandspaetei treffen wollen, sondern nur einzelne, die die Millionen für die Agitations geben, Er wisse, daß es auch Ideologen unter den Anhängern der Vaterlandspartei gebe.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Dienstag, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte. Schluß der Sitzung ½1 Uhr.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 11. Januar 1918.

Na. Großherzogin Luise hat der Stadt Karlsruhe zum Ankauf von Brennstoffen für die Wärmestuben den Betrag von 1000 ℳ zur Verfügung gestellt. Der Oberbürgermeister hat Ihrer Königlichen Hoheit für dieses hochherzige Gabe ehrerbietigsten und wärmsten Dank ausgesprochen.

Na. Dem Ortsausschuß Karlsruhe des Badischen Heimatdank wurde von Herrn Kaufmann Bernhord Würzburger hier ein einmaliger Beitrag von 1200 ℳ überwiesen. Außerdem ist Herr Würzburger mit einem fortlaufenden Jahresbeitrag von 100 ℳ dem Verein Heimatdank beigetreten.

= **Heiterer Abend von Josef Plaut.** Wie nicht anders zu erwarten war, hatte sich auch der zweite heitere Abend, den gestern Josef Plaut veranstaltete, eines starken Besuches zu erfreuen. Der Museumssaal war beinahe ausverkauft. Wie bei der ersten Veranstaltung, so hat es der gewandte vielseitige Künstler auch gestern wieder verstanden, die gesamte Zuhörerschaft in den Bann seiner heiteren Kunst zu ziehen, so daß der Frohsinn und die Heiterkeit, die von der Bühne ausging, sich wie flutendes Licht über den ganzen Saal zog. Den Höhepunkt der allgemeinen Heiterkeit erreichte Plaut im zweiten Teil des Vortragsabends mit der Aufführung der Oper „Tannhäuser" nach dem Muster des Theaters im Sinn bei Krotoschin oder sonstwo ganz hinten im Osten. Diese Verhonepipelung der waschechtesten Schmiere war so fein und lustig, daß das Haus von Lachsalven nur so dröhnte. Auch die Imitationen der verschiedensten Varietégrößen, bei denen Plaut die ungeheure Vielseitigkeit seines Talents voll entwickelte, gehören mit zu dem Besten des Abends. Aber auch seine durch unübertreffliche Mimik unterstützte Vortragskunst humoristischer Gedichte und Prosa-Erzählungen, von denen der „Fremdenführer" von Karl Ettlinger, eine feine Vogelgeschichte aus dem Bereich des alten Krakelraben, eine Instruktionsstunde aus der Friedenszeit und ein literarisch fein gezeichneter Besuch bei zwei alten Leuten ganz besonderen Anklang fanden, erzielte volle Wirkung. Wenn auch die Kunst Plauts sich in etwas anderen Bahnen bewegt als die des hier rühmlich bekannten Marzell Salzer, so ist der Erfolg, den Plaut sich hier errungen hat, nicht geringer. Auch Plaut wird in Karlsruhe immer ein willkommener Gast sein.

Der Kaufmännische Verein für weibliche Angestellte hatte für seine Mitglieder am Sonntag eine wohlgelungene Weihnachtsfeier veranstaltet, die auch nicht des patriotischen Einschlags entbehrte. Die warmen Worte, die die Vorsitzende Frau Geh. Hofrat Rebmann unseren Truppen, Heerführern und unserem Obersten Kriegsherrn widmete, denen es zu verdanken ist, daß in Ruhe und Sicherheit ein wenn auch bescheidenes Fest gefeiert werden kann, fanden herzlichen Beifall. Neben Vereinsmitgliedern hatten einige Damen ihre Kunst zur Verfügung gestellt. Frl. Emma und Liesel Bauz entzückten mit ihren jugendfrischen Stimmen, Frl. Elisabeth Kirsch sang mit höchst sympathischer Stimme einige Lieder, vortrefflich begleitet von Frl. Amalie Müller, und auch Frl. Erna Müßle erfreute durch einige reizende Klaviervorträge. In einem kleinen geistvollen Festspiel von Frl. Anna Koch erschien der griechische Gott Hermes und der römische Gott Merkur auf deutscher Erde und waren sehr erstaunt, daß sich die Hände so vieler deutscher Frauen und Mädchen in Handel und Verkehr regten.

= **Fußballwettspiel.** Das einzige hiesige Spiel am kommenden Sonntag den 13. Januar bildet das Treffen der Fußballgesellschaft Ettlingen gegen Konkordia Karlsruhe. Ettlingen stellt eine vorzügliche Elf, durch Soldaten verstärkt, die erst am vergangenen Sonntag einem der stärksten Gegner der B-Klasse, Alemannia Eggenstein, eine empfindliche Niederlage von 8 zu 0 Toren aufhängte. Das Spiel findet auf dem Spielplatze des Vereins für Bewegungsspiele gegenüber der Telegraphenkaserne statt und beginnt um ½3 Uhr. Auf dem Spielplatze des F.-K. Germania in Durlach treffen sich die 2. Mannschaften des F.-K. Phönix Karlsruhe und Germania Durlach.

= **Unfälle.** In einer Bierbrauerei glitt am 8. l. Mts. nachts ein Taglöhner aus Forchheim, welcher auf einem Brautkessel stand und kochendes Malz herumrührte, aus, fiel in den Kessel und zog sich an einem Beine schwere Brandwunden zu. Er fand Aufnahme im städt. Krankenhaus. — Am 8. l. Mts. nachmittags stürzte ein Dienstmädchen von hier auf dem Gehweg der Kaiserstraße infolge Eisbildung zu Boden und erlitt einen Knöchelbruch. Sie wurde mittelst Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht.

= **Ein Kaminbrand** entstand gestern abend ½9 Uhr im Hause Wilhelmstraße 28. Das Feuer wurde durch die Feuerwache gelöscht. Schaden ist nicht entstanden.

= **Festgenommen** wurden: ein Kommissionär von hier wegen Diebstahls, ein Fabrikarbeiter von Beiertheim und ein Mechaniker von Gailshof wegen Schleichhandels mit Fleisch und Höchstpreisüberschreitung, sowie ein Wirt von hier, welcher in einem Ort bei Rastatt ein Rind und ein Kalb unerlaubt schlachtete und das Fleisch teils in seiner Wirtschaft hier verabreichte, teils an einen Unternehmer weiterverkaufte, eine Dienstmagd aus Kaiserslberg und eine Kontoristin aus Worms wegen Diebstahls, sowie ein Arbeiter von hier, welcher eine dreimonatliche Gefängnisstrafe wegen Diebstahls zu verbüßen hat und im Verdacht steht, einen Treibriemen gestohlen zu haben.

Letzte Drahtberichte.

Kriegsauszeichnungen.

WTB. **Berlin,** 10. Jan. Dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral von Capelle, ist durch allerhöchste Kabinettsordre vom 9. Januar der Orden pour le Mérite verliehen worden.

Das Deutschtum in Oesterreich.

WB. **Wien,** 10. Jan. Der Abgeordnete Wolf richtete auf Grund eines Beschlusses der deutschradikalen Partei an die Obmänner der deutsch-nationalen Parteien ein Schreiben, worin er auf die Notwendigkeit festesten Zusammenhaltens der deutschen Abgeordneten verweist und den Zusammenschluß aller Abgeordneten anregt, die zum deutschen Nationalverband gehört haben. Die deutsch-radikale Partei schlägt vor, einen „Deutsch-Oesterreichischen Vaterlandsverband" zu schaffen. Im weiteren Verlaufe wäre dann ein deutscher Block zu bilden, der die Vertreter aller deutschen Wahlbezirke zu umfassen hätte.

Schließung des Hoftheaters in Stuttgart.

* **Stuttgart,** 11. Jan. Der König hat, wie das „Stuttg. N. Tagbl." von der K. Hoftheaterkanzlei erfahren, verfügt, daß mit Rücksicht auf die derzeitigen vorübergehenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung die K. Hoftheater vom heutigen Tage an bis auf weiteres, voraussichtlich aber nicht auf längere Zeit geschlossen werden.

Antwort des Reichskanzlers an Lloyd Georges und Wilson?

b. **Berlin,** 10. Jan. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt der Reichskanzler in den nächsten Tagen wahrscheinlich am Montag, im Hauptausschuß zu erscheinen, um in längerer Rede auf die Kriegszieläußerungen von Lloyd George und Wilson zu antworten.

Ramsay Macdonald über die Rede Lloyd Georges

WTB. **London,** 10. Jan. (Reuter.) Ramsay Macdonald sagte in einer Rede, die er in Numbarton hielt und worin er seine Zustimmung zu den Erklärungen Lloyd Georges gab, der nächste Schritt sei eine internationale Konferenz. Obwohl seine Partei keinen Stückwerkfrieden wolle, sei sie immer noch gewillt, nach Stockholm zu gehen und werde binnen kurzem Pässe dahin verlangen. Lloyd Georges Kriegszielerklärung zeige einen Geist, der unzweifelhaft zum Frieden führen würde, und zwar zu einem Frieden, der die Kriegsursachen beseitige. Diese Erklärungen würden eine starke Wirkung dahin ausüben, einen guten Teil des Verdachtes, in dem Großbritannien vor der deutschen Demokratie stehe, zu beseitigen.

Spanien.

WTB. **Madrid,** 11. Jan. (Ag. Havas.) Der Ministerrat beschloß, dem König einen neuen Erlaß betr. die Auflösung des Parlamentes vorzulegen.

WTB. **Madrid,** 11. Jan. (Ag. Havas.) Nach Blättermeldungen ist der Präsident des spanischen Arbeiterverbandes für Metallurgie und Mechanik, Jose Barre, in Barzelona ermordet worden. Ein Pfarrer und ein Lehrer der Handelsschule, die ihn begleiteten, wurden schwer verletzt. Auf die Betroffenen wurde von einer Anzahl Individuen zahlreiche Schüsse abgegeben. Die Täter sind entkommen.

Auflösung des spanischen Cordes.

WTB. **Madrid,** 11. Jan. Havas. Der König hat den Erlaß über die Auflösung der Cortes unterzeichnet. Die Wahlen für die Kammer sind auf den 24. Febr., für den Senat auf den 10. März festgesetzt. Die Cortes werden am 10. März zusammentreten.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

WTB. **Petersburg,** 10. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) **Die kräftigen Bemühungen, die Macht der Sovjets zu stürzen, haben keinen Erfolg. Dutow wurde geschlagen und ergriff die Flucht. Er wird von Abteilungen revolutionärer Soldaten und der Roten Garde verfolgt. Die Truppen Kaledins zogen sich nach mehreren Niederlagen zurück. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Rostow ist in Freiheit. Die Donkosaken sind gegen Kaledin eingenommen. Kaledin versuchte, den Rückzug anzutreten, aber seine in Richtung auf den Don geschickten Truppen kehrten um. Die Enthüllung der verbrecherischen Beziehungen zwischen der Rada, Kaledin und Franzosen und Amerikanern öffnete dem Volke die Augen über den verruchten Handel, der mit dem Blute der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern getrieben wurde. Die Macht der Sovjets, die sich auf dem Kongreß in Sartow gebildet hatten, gewinnt an Einfluß. Der ukrainische Kriegsminister Petlura hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.**

*

Die Annullierung der russischen Staatsschuld.

O **London,** 10. Jan. (Priv.-Tel.) (Reuter.) Der Petersburger Korrespondent des „Manchester Guardian" meldet vom 8. Jan., daß die Volkskommissare beabsichtigten, in den nächsten Tagen ein Dekret zu erlassen, durch das die russische Nationalschuld annulliert wird. Der Korrespondent erfährt, daß das Dekret folgende Verfügung enthalten wird:

1. Alle Anleihen und Schatzscheine, die im Besitze von Ausländern im Ausland oder in Rußland sind, sind ungültig.

2. Die Anleihen und Schatzscheine im Besitze russischer Untertanen, die mehr als 10 000 Rubel Kapital besitzen, sind ungültig.

3. Anleihen und Schatzscheine im Besitze russischer Untertanen, die ihr Kapital in russischen Anleihen angelegt haben, die 1000 Rubel nicht übersteigen, werden mit 5 Prozent vom Nominalwert verzinst, denen, die 10 000 Rubel besitzen, werden 3 Prozent ausbezahlt werden.

4. Arbeiter und Bauern die russische Anleihen oder Schatzscheine im Werte von 100 Rubeln besitzen, können sie dem Staate für 75 Prozent des Nominalwertes verkaufen, diejenigen, die 600 Rubel besitzen, zu 70 Prozent.

*

Finnland.

WTB. **Kopenhagen,** 10. Jan. Der Minister des Aeußeren sandte gestern an die Regierung Finnlands folgendes Telegramm: Im Anschluß an die Aeußerung S. M. des Königs zu der finnischen Delegation, in der dieser die Stellung der dänischen Regierung bekannt gegeben wurde, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß die dänische Regierung Finnland als freien unabhängigen Staat anerkennt und darin einwilligt, mit der Regierung Finnlands in direkte Verbindung zu treten.

WTB. **Kristiania,** 10. Jan. Norsk Telegram Byran. Norwegen hat Finnland als unabhängigen Staat anerkannt.

Die Behandlung deutscher Gefangener auf Korsika.

* Auf die Anfrage des Reichstagsabg. Dr. Heckscher wegen der Behandlung der deutschen Gefangenen auf Korsika ist folgende schriftliche Antwort erteilt worden:

Nach den Berichten, welche Vertreter der Schweizerischen Gesandtschaft in Paris über die im September v. J. vorgenommene Besichtigung der Gefangenenlager auf der Insel Korsika erstattet haben, trifft es zu, daß dort sowohl deutsche Kriegsgefangene als auch internierte deutsche Zivilpersonen in solchen Gegenden mit Arbeiten beschäftigt werden, wo sie der Gefahr einer Erkrankung an Sumpffieber unterliegen.

Was die Zivilgefangenen anlangt, so beruht es auf ihrem eigenen freiwilligen Entschlusse, wenn sie sich dieser Fiebergefahr aussetzen; denn es ist ihnen bekannt, daß nach den mit der französischen Regierung getroffenen Vereinbarungen Zivilinternierte zu Arbeiten außerhalb der Internierungslager nicht gezwungen werden dürfen. Ueberdies ist die Schweizerische Gesandtschaft in Paris ersucht worden, zur Kenntnis der deutschen Zivilinternierten in Frankreich zu bringen, daß die deutsche Regierung auch einer freiwilligen Uebernahme von Arbeiten außerhalb der Gefangenenlager, abgesehen von solchen in deren unmittelbarer Nähe und im ausschließlichen Nutzen der der Lagerinsassen, nicht zustimmen könne. Die Internierungslager selbst aber sind nach den vorliegenden zuverlässigen Berichten fieberfrei.

Anders verhält es sich mit den Kriegsgefangenen, die dem Arbeiterzwang unterliegen, und sich daher der Gefahr einer etwaigen Ansteckung auf den Arbeitsstellen nicht entziehen können. Daß diese Gefahr in der Tat eine ernste ist, geht aus dem Sonderbericht des schweizerischen Arztes und Kommissionsmitgliedes Dr. Jenny über die gesundheitlichen Verhältnisse unter den Gefangenen hervor, worin er feststellt, daß er in allen Krankenhäusern eine beträchtliche Anzahl von sumpffieberkranken Gefangenen angetroffen habe.

Angesichts der Tatsachen hat es die deutsche Regierung für ihre unabweisbare Pflicht gehalten, dafür Sorge zu tragen, daß die auf der Insel Korsika festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen nicht genötigt sind, dort noch einen weiteren Sommer zuzubringen. Sie hat daher durch Vermittlung der Schweizerischen Gesandtschaft in Paris an die französische Regierung die nachdrückliche Forderung richten lassen, daß sie die sämtlichen in Korsika gelegenen Lager für deutsche Kriegsgefangene bis zum 1. April 1918 räumt und die Lagerinsassen nach gesundheitlich einwandfreien Orten in Frankreich verbringt.

Die deutsche Regierung ist entschlossen, auf Erfüllung dieser Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bestehen.

Frankreich verblutet.

„Pays" schreibt: Es gibt noch immer Leute, die einige weitere Jahre Krieg prophezeien; es sind Stubenstrategen oder solche, die am Kriege verdienen und in ihren warmen Pantoffeln sitzen. Indessen bedeutet in der schwarzen Bilanz des Jahres 1917 der Sonderfrieden der Russen den Bankrott des gemeinschaftlich begonnenen Krieges. Bei dem im Jahre 1918 beginnenden Kampf sind die Russen nicht mehr und die Amerikaner noch nicht beteiligt. Es ist ein brittischer Kampf, bei dem alle die freigewordenen Kräfte Deutschlands sich zu einem entscheidenden Schlage sammeln. Es ist ein Kampf, in dem — während man auf die „sehr große amerikanische Armee" wartet, die von Tardieu für den Frühling 1919 versprochen wurde, das am wenigsten in Mitleidenschaft gezogene England und das mit seinen noch nicht mobilisierten Klassen hilfsfähige Italien durchaus Frankreich unterstützen müssen; denn Frankreich sammelt jetzt seine letzten Kräfte. Die Kabinette, die dem Clemenceaus vorangingen, haben es nie verstanden, unseren Verbündeten offen die Meinung zu sagen. Man hat sich immer mit leeren Versprechungen begnügt. Man hat sich an dem Lobe berauscht, das der französischen Tapferkeit gespendet wurde. Unser Volk war das ungestüme, prächtige Tier der Arena, das bis zum letzten Atemzuge von zahllosen ruhigen Zuschauern angespornt wurde; „Bravo, bravo, Stier!" Aber man sage uns doch jetzt, in welchen Zustand Frankreich durch jene gebracht wurde, die in Schweigen und Nacht, in Optimismus und glückliche Ruhe eingehüllt blieben! —

Englisches Lob für Wilson.

WTB. Amsterdam, 11. Jan. Der „Nieuve Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß die Botschaft des Präsidenten Wilson zwar von der Presse der Arbeiterpartei und der Liberalen in England mit Beifall begrüßt wurde, daß die konservativen Blätter sie aber kühl und mit Argwohn aufgenommen haben.

Die „Times" schreibt: Die hauptsächlichste Kritik, die vorsichtig denkende Menschen daran üben werden, ist, daß Wilson gewisse Wirklichkeiten nicht berücksichtigt. Die Vorschläge, die der Präsident Wilson macht, scheinen von der Voraussetzung auszugehen, daß das 1000jährige Reich auf Erden nahe bevorsteht. Präsident Wilson wünscht z. B. die vollständige Freiheit der Meere im Frieden und im Kriege festzulegen, außer im Falle eines internationalen Auftretens zum Schutze internationaler Verträge. Die Erfüllung dieser Wünsche würde natürlich von der Errichtung eines Völkerbundes abhängen, wie er ihn beabsichtigt. Indessen bilden die Alliierten den Kern des zukünftigen Bundes, und es enthält die Lehre des Präsidenten Wilson nicht, was Seemächte, wie die Vereinigten Staaten und uns hindern könnte, im Falle von groben Völkerrechtsverletzungen, wie jetzt in Belgien Widerstand zu bieten. Ein anderer Vorschlag des Präsidenten Wilson ist das Verbot vertraulicher internationaler Abmachungen, der die besondere Zustimmung unserer Arbeiterorganisationen gefunden hat. Ehe aber der Völkerbund zustandegekommen ist, kann es doch notwendig sein, vertrauliche Abmachungen zu Verteidigungszwecken zu treffen.

Der englische Handel nach dem Krieg.

WTB. Amsterdam, 10. Jan. Nach dem „Nieuve Rotterdamschen Courant" erfährt das „Journal of Commerce", daß die englische Kommission für den Handel nach dem Kriege unter dem Vorsitz von Lord Balfour of Burleigh in ihrem Bericht zu dem Entschluß gekommen ist, daß aus finanziellen Erwägungen unter Begünstigung der englischen Kolonien und der gegenwärtigen Bundesgenossen England einen Zoll von 10 Prozent von der ganzen Einfuhr werde erheben müssen.

Kriegsauszeichnungen.

* Der Großherzog hat verliehen:

das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Schwertern des Ordens vom Ordens vom Zähringer Löwen:

den Leutnanten d. R. Wilhelm Gruner, Georg Wilhelm Schröter, Friedrich Schnaiter, Oskar Philipp Ludwig Schneider, Alfred Friedrich Hermann Borst und Heinrich Lützeler bei einem Ersatz-Inf.-Reg., dem Leutnant d. R. des Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 5 Rudolf Schmidt-Altherr, Ordonnanzoffizier bei einer Inf.-Brigade, und dem Leutnant d. R. Walter Baer bei einem Art.-Kommandeur, dem Leutnant d. R. Karl Franz Hans Treiber bei einem Feldart.-Reg., dem Leutnant d. R. Hermann Anton Ballendor bei einer Jagdstaffel, dem Leutnant d. R. Adolf Meurer und dem Leutnant d. L. I Ernst Buzengeiger bei einer Fliegerabt., dem Leutnant d. R. Alfred Schließer bei einem Kampfgeschwader, dem Leutnant d. R. Albert Kaiser bei einer Fliegerabt., sowie dem Leutnant Helmut Schwarz bei einer Fliegerabt.;

die silberne Militärische Karl Friedrich-Verdienstmedaille:

dem Vizefeldwebel d. R. Friedrich Ebner, dem Offiziersstellvertreter, Vizefeldwebel d. R. Karl Zimmermann, dem Vizefeldwebel d. R. Eduard Heylig, dem Unteroffizier d. L. I Philipp Abele, dem Unteroffizier d. R. Eugen Ernst, dem Unteroffizier d. Ldst. Samuel Jöst, dem Vizefeldwebel Hermann Armbruster, dem Vizefeldwebel d. L. I Karl Metter bei einem Ref.-Inf.-Regt.;

dem Vizefeldwebel Emil Haas bei einem Kampfgeschwader, dem Vizefeldwebel d. R. Offiziersstellvertreter Artur Anton Pierro, dem Unteroffizier d. R. Wilhelm Kreutner, dem Unteroffizier d. L. Valentin Oberle, dem Vizefeldwebel d. R. Ernst Kneuker, dem Unteroffizier d. R. Otto Mutter und dem Gefreiten Friedrich Deckinger bei einem Ersatz-Inf.-Reg.;

die kleine goldene Verdienstmedaille, am Bande der Militärischen Karl Friedrich Verdienstmedaille:

dem Feldwebel d. R. Joseph Ehrle bei einem Ref.-Inf.-Regt., dem Wachtmeister d. L. II Joseph Hauck bei einem Feldart.-Regt.

dem Vizewachtmeister d. R. Hermann Fehrenbach bei einem Feldart.-Reg., dem Offizierstellvertreter Feldwebel Joseph Ockenfuß bei der 4. Batt. des Bad. Fußart.-Reg. Nr. 14, den Sanitäts-Unteroffizieren d. L. Pius Schies und Anselm Martin sowie dem Gefreiten Friedrich Brütsch bei einem Ersatz-Inf.-Reg.

Gerichtsverhandlungen.

N. Karlsruhe, 10. Jan. Die Tagung des Schwurgerichts im 1. Vierteljahre 1918 findet am 21. Januar und dem folgenden Tage statt. Als Geschworene wurden ausgelost: Stuhlmüller Friedrich, Sattlermeister, Heidelsheim; Hofheinz Fritz, Bankdirektor, Bruchsal; Huber Karl, Gärtner, Wolfartsweier; Banth Jakob, Kolonialwarenhändler und Bürgermeister, Dürrn; Trier Karl, Architekt hier; Utz Ludwig, Fabrikant hier; Schäufele Wilhelm, Fabrikant, Pforzheim; Lang Hieronymus, Kaufmann, Hörden; Melzer Paul Alfred, Privatmann, Durlach; Herzog Friedrich, Sattlermeister und Gem.-Rat, Rheinsheim; Doll Karl, Landwirt und Kreisobstwart, Gröhingen; Wolf Ernst, Fabrikant, Pforzheim; Baumeister Karl, Kaufmann, Bretten; Ochs Florian, Landwirt und Gem.-Rat, Bruchhausen; Eder Heinrich, Privat, Baden; Kollmar Rudolf, Bijouterie-Exporteur, Pforzheim; Kugler August, Graveur, Pforzheim; Fleischmann Joh. Friedr., Fabrikschlosser, Durlach; Kammerer Friedr., Kaufmann hier; Saake Paul, Fabrikant, Pforzheim; Langenbach Joseph, Gastwirt, Gernsbach; Cramer Ludwig alt, Landwirt, Aue; Bonning Karl, Buchdruckereibesitzer und Stadtrat hier; Burkart David 3, Küfermeister, Forchheim; Altfelix Friedrich, Blechnermeister, Durlach; Walter Ignaz, Kaufmann und Landwirt, Ebersteinburg; Lindenlaub Adolf, Kaufmann und Kürschner hier; Keller Joh. Michael, Kabinettmeister, Eutingen; Lepp Hermann, Mühlenbesitzer, Unteröwisheim; Gillardon Heinrich Dominik, Korkstopfenfabrikant, Bretten.

§§ Karlsruhe, 10. Jan. Der Hausbursche Alois Kantwerg aus Durlach und der Taglöhner Joseph Veith aus Neuthard erbrachen in der Zeit vom Juni bis Ende August des vorigen Jahres mit Hilfe von Dietrichen den Laden eines Optikers in Durlach. Sie stahlen dann nach und nach eine große Anzahl Verkaufsgegenstände, wie Mundharmonikas, Zigarettenetuis, Geldbeutel, Kämme, Notizbücher, elektrische Taschenlampen, Spiegel, Briefmappen u. a. m. im Gesamtbetrage von 6—700 M. Anfangs September entwendeten sie aus dem Garten eines Privatmannes in Durlach 20 Pfund Aepfel, 20 Pfd. Birnen und 8 Pfd. Pfirsiche. Am 10. September stahlen sie aus demselben Garten 100 Pfund Aepfel, 60 Pfund Birnen, 25 Pfund Pfirsiche und 12 Pfund Zwetschgen. Mitte September eigneten sie sich auf dem Grundstücke eines Wirtes 70 bis 80 Pfund Welschkorn widerrechtlich an. Das gestohlene Obst und die Feldfrüchte brachte die Mutter des Veith, die Ehefrau Johann Veith aus Söllingen, nach Karlsruhe auf den Wochenmarkt und verkaufte die Sachen dort, einen Teil verwandte sie auch in ihrem Haushalt. Wegen gemeinschaftlichem, teils schwerem, teils einfachem Diebstahl erhielten Kantwerg und Veith Gefängnisstrafen von je 5 Monaten, Frau Veith wurde wegen Hehlerei zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Hansa Lloyd

HANSA-LLOYD WERKE. AKT.-GESELLSCHAFT, BREMEN

PERSONENWAGEN, LIEFERWAGEN, LASTWAGEN, OMNIBUSSE

15021

Vertretungen in:

Blaubeuren (Wttbg.): Fritz Schlenk, Automobil- und Fahrzeughandlung;
Ebingen (Wttbg.): Kauffmann & Siegel, Sonnenstrasse;
Freiburg i. Breisgau: August Fohr, Bayernstrasse 12;
Gmünd (Wttbg.): J. Pfeiffer, Automobil- u. Fahrzeughandl.;
Karlsruhe i. Baden: U. Kautt & Sohn, Hoflieferanten, Waldhornstrasse 14/16;
Lindau/Reutin a. Bodensee: C. Lauster;
Lörrach i. B.: Carl Sutter, Wagen- und Karosserie-Fabrik;
Offenburg i. Baden: Wroblewski & Co.;
Reutlingen: J. Hammer, Automobilhaus, Kirchstr. 22/24;
Saulgau (Wttbg.): Leo Widmann, Maschinen- und Fahrrad-Industrie-Werke, Hauptstrasse 41 B;
Villingen i. Baden: Ignatz Görlacher, Obere Strasse 16.

Goetheschule.

Der Unterricht an der Goetheschule beginnt

Dienstag, den 15. Januar, um 8 Uhr.

H 11 Großh. Direktion.

Petroleum.

Die zu unserer Verfügung verbliebenen Restbestände von Petroleum für den **Monat Dezember** geben wir nunmehr zum allgemeinen Verkauf frei.

Die Geschäfte, welche Petroleum führen, haben dasselbe in kleinen Mengen von nicht über ¼ Liter abzugeben; hierbei muß die Ausweiskarte vorgezeigt und abgestempelt werden.

Das Petroleum, welches die Geschäfte für den Monat **Januar** erhalten werden, darf vorerst nicht abgegeben werden, ist vielmehr zu unserer Verfügung aufzubewahren.

Sobald die Verteilung an die einzelnen Geschäfte beendet ist, wird über dasselbe von uns verfügt werden. D 4

Karlsruhe, den 10. Januar 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Künstlerischen Klavierunterricht erteilt

Tina Koch

Telephon 3959 — Veilchenstrasse 20. 2149

Sprechstunde täglich 11—12 Uhr.

Großherzogl. Hoftheater. 1020

Spielplan für die Zeit vom 12. bis 21. Januar 1918.

Sa. 12. B. 26. Alt-Heidelberg. 7— geg. 10. (4 M.) — So. 13. im Hofth. A. 28. Der Troubadour. Klein Idas Blumen. ½7—10. (4.50 M.) im Konzerth. Heimat. ½7— geg. 9. (1—3.50 M.) — Mo. 14. C. 27. Die Rabensteinerin. 7—½10. (4 M.) — Di. 15. Sondervorst. Das Dreimäderlhaus. 7— n. ¾10. (4.50 M.) Vorverkauf für die Platzmieter am Sa. 12. nachm. 3—½5 Uhr, A., B., C.; allgem. Vorverkauf von Mo. 14. vorm. 10 Uhr an. — Mi. 16. B. 29. Prinz Friedrich von Homburg. 7—¾10. (4 M.) — Do. 17. A. 29. Das Glöckchen des Eremiten. 7— n. ¾10. (4.50 M.) — Fr. 18. im Hofth. C. 28. Johannisfeuer. 7—½10. (4 M.); im Konzerth. Polenblut. 7—10. (1.20—4.50 M.) — Sa. 19. Sondervorst. Undine. 7— n. 10. (4.50 M.) Vorverkauf für die Platzmieter am Sa. 12., nachm. 3—½5; allgemeiner Vorverkauf von Mo. 14., vorm. 10 Uhr an. — So. 20. im Hofth. B. 28. Tristan und Isolde. 5— geg. ¾10. (6 M.); im Konzerth. Die erste Geige. ½7—9. (1—3.50 M.) — Mo. 21. A. 30. Zum erstenmal: Baumeister Solneß. Schauspiel in 3 A. v. Ibsen. 7— n. ½10. (4 M.)

Bekanntmachung.

In den Räumen des Rathauses, der Spar- und Pfandleihkasse und des Konzerthauses wurden im 4. Vierteljahr 1917 folgende Gegenstände aufgefunden:

1 neues Putztuch, 1 schwarzer Schafwollkragen, 1 schwarzer Schleier, 1 schwarze Kravatte, Handschuhe, Taschentücher, 1 Geldtäschchen, 1 Brille, 1 Spazierstock, 1 Lehrbuch der Geometrie mit 18 M Steuerzeichen, 1 Damenschirm, 1 Zigarrentasche, 1 Opernglas, 1 Brosche (Rosenbukett), 1 Paar Ohrringe, 1 weißes Kopftuch.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte an den Fundsachen binnen drei Wochen beim städt. Hauptsekretariat (I), Rathaus II. Stock, Zimmer 75, geltend zu machen, widrigenfalls das in § 979 B.G.B. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird.

Karlsruhe, den 5. Januar 1918. B3

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren **verpflichtet**, die **fortbildungsschulpflichtigen** Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte **anzumelden** und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche **Zeit zu gewähren.**

Fortbildungsschulpflichtig sind gemäß **§ 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr** nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 M bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärts hierher kommen, sind **sofort** anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein **festes** Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur **versuchs-** oder **probeweise** aufgenommen sind.

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1915.

Das Volksschulrektorat:

Dürr. 51

gusseis. 3,3 kg Gew.

nur gr. Posten liefert 8003

Hupfeld, Cassel

Eisengrosshandlung.

Rentables Geschäft

verlegbar, **gibt ab: G. Mayenburg** in **Augsburg** G 135. Erforderlich 200 Mk. 7002

Der Tierschutzverein

bittet, **die Zugtiere** möglichst schonend zu behandeln und der hungernden **Vögel** zu gedenken. (Trockenes Futter und gewärmtes Wasser.) 2601